

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Redaktion ins Land monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgezahlt monatlich 4.50 Mark. Auf dem Post beschriftet vierfachjährlich 13.50 Mark. monatlich 4.50 Mark. Erfreut täglich in den Nachmittagshunden mit Ausnahmen von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausleger und Ausgabestellen, sowie aus Postenstellen und Briefträgern nehmen Bezahlungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitungspartie oder deren Raum für Anzeigen aus Aus- und dem Stadt Schwerinberg so U. s. auswärts bis 40 Pfg., Nationalzeitung 3.— Mark. Bei größeren Anzeigen entsprechende Kosten. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Zeiter im Tag kann Gewicht nicht gesetzt werden, wenn die Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Besitzmehrliche Rechte:
Dr. Kirschbaum,
Dr. u. Dr. Kirschbaum
u. Verlagsgesellschaft m. b. H.
Aus: Zeitungsmarkt
Lederkunst Augsburg
Braunschweig
Königsberg

Nr. 47.

Freitag, den 25. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Im Reichswirtschaftsrat hielten Dr. Simons und Siemens gestern eindrucksvolle Reden, die den Pariser Forderungen ein entschiedenes Nein entgegensezten.

Die Wahl des Reichspräsidenten wird wahrscheinlich Ende Juli erfolgen. Es wird eine Verständigung darüber innerhalb der Regierungsparteien angestrebt.

Der Matz meldet: Die Abstimmung in Oberschlesien wird in Bonn zu erfolgen haben.

Wegen der am 20. März stattfindenden Abstimmung in Oberschlesien wird vom 1. März ab die polnisch-öberschlesische Grenze für Weisende, also für den Zugang landfremder Agitatoren, aus Warschau und Posen geschlossen werden.

Das Geleitwort für die Londoner Konferenz.

Eine programmatiche Entschließung des Reichswirtschaftsrates.

Am Donnerstag mittag gab der Reichswirtschaftsrat dem Reichsaufsehnenminister folzufügen die letzte öffentliche Weihe mit auf den schweren Gang nach London. Es war eine ernste Kundgebung, in der Stimmung weder gedrückt noch herausfordernd, sondern fest und entschlossen, wie man sie an den ganz großen Tagen sieht, wenn es ums Letzte geht. Die möglichen Folgen einer etwaigen deutschen Ablehnung wurden mit der Ruhe festgestellt und gewürdigt, die sich einstellt wenn der Mensch etwas Unabwendbarem gegenübersteht. Die Sitzung fand statt im Saale des alten Preußischen Herrenhauses, der ziemlich bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auf der Regierungsbühne saß man der Reichspräsidenten Havenstein und andere Führer des Wirtschaftslebens. Der

Reichsminister des Neueren Dr. Simons

als Hauptredner sprach zuerst von den feindlichen Vorschlägen. Sein Gedankengang wie er sich in seiner Rede fand gab, ist natürlich im wesentlichen bereits bekannt; aber die Rede brachte doch im einzelnen manche neue und wichtige Wendungen. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der Feststellung, daß, wenn die Gegner darauf beständen, daß deutsche Volk zur Kronarbeit zu zwingen, dies die Vernichtung des ehrlichen Handels in der ganzen Welt bedeuten würde. Dann ging er auf die deutschen Gegenvorschläge ein. Auf diesen Abschnitt seiner Ausführungen war man besonders gespannt, da man wußte, daß es innerhalb des Sachverständigenkreises, der mit der Ausarbeitung der deutschen Gegenvorschläge betraut war, noch nicht zu einer Einigung gekommen war. Dr. Simons stellte treffend die Hoffnungen, die Frankreich und die anderen auf die deutsche Wirtschaft legen, den Sorgen gegenüber, die sie der angeblichen Bedrohung durch die deutsche Konkurrenz entgegenbringen, und bezeichnete das Beginnen, uns als Arbeitsmaschinen zu benutzen und zugleich unseres Wettbewerbs auszuschalten, als die Quodratur des Birkels. Dann gab er ein Bild von der formalen Behandlung unserer Gegenvorschläge, wobei er darauf hinwies, daß der Öffentlichkeit das Ergebnis der Sachverständigenberatung noch alter diplomatischer Geprägtheit noch vorbehalten bleiben müsse, bis es den Gegnern übermittelt ist. Dr. Simons wandte sich dann gegen die Pressestimmen der Radikalen von rechts und links, die aus dem Schweigen der Regierung falsche Schlüsse ziehen und die Stellung der deutschen Abgeordneten in London erschweren können. Gegenüber diesen Machenschaften forderte er vom Volke Vertrauen in die Festigkeit der Regierung und versprach auf das bestimmteste, daß sie fest bleiben werde. Er versicherte, daß man auch in Süddeutschland die Tragweite der Folgen einer Ablehnung kenne und trotzdem nicht wanken geworden sei. Wir glauben zu wissen, daß gewisse süddeutsche Regierungen sich bereits mit den Verhaltungsmaßnahmen beschäftigt haben, die nötig wären, um in dem äußersten Falle, daß die Beziehung des deutschen Landes mit Gewalt erweitert würde. Der Minister wies aber die Auslegung, als ginge man etwa in leichterlicher Ablehnungsschlüsse nach London, weit von sich.

Der Minister schloß mit der nochmaligen Wohnung zur Einigkeit im Innern und warnte namentlich vor unzähligen Plänen politischer Abenteurer, die gerade jetzt Unruhe stiften möchten. Nach ihm brach in demselben Sinne

Generaldirektor Siemens

dessen Rede in die Worte ausklang: Mit besonderem Nachdruck aber rufen wir Ihnen zu (der Redner wendet sich an Minister Simons). Sie haben nicht das Recht, in London Wechselvorschlägen durch welche Sie unsere Kinder und Kinder ihrer der Slaverie überliefern! (Sturmischer, langer Applaus und Beifall.) Nachdem noch mehrere Arbeitnehmer und Arbeitgebervertreter gesprochen und sich mit den Ausführungen des Reichsministers des Finanziers Simons einverstanden erklärt

hatten, nahm der Reichswirtschaftsrat einstimmig unter lebhaftem Beifall eine

Entschließung

an, in der es heißt: Die Vertreter der deutschen Wirtschaft, Unternehmer wie Arbeiter, stehen auf dem Standpunkt, daß die deutsche Regierung die Verpflichtungen in der Wiederherstellung in lohaler Weise zu erfüllen suchen muß. Die Durchführung der Pariser Beschlüsse würde aber zur baldigen Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens führen. Der Reichswirtschaftsrat ist überzeugt, daß Deutschland durch Lähmung der unbedingt erforderlichen Einführung mit Riesenanstrengungen der weiteren Vereinigung zugeführt werden würde, wie seine östlichen Nachbarn. Er halte es deshalb für seine Pflicht, vor dem Lande und der Welt zu bezeugen, daß er die Pariser Beschlüsse für un durchführbar hält und bittet die Regierung, in Erfüllung der Wiederherstellungspläne die äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzuhalten. Sollte auf dieser Grundlage keine Einigung erzielt werden, so bittet der Reichswirtschaftsrat in voller Erkenntnis der Folgen die Reichsregierung dringend und einstimmig bei ihrer Ablehnung der gegnerischen Vorschläge zu beharren.

Sachsens Finanznot.

Finanzminister Heldt über die Pariser Beschlüsse.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung standen zunächst die Entwürfe von Nachträgen zum ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushalt und von Haushaltplanentwürfen für das staatliche Elektrizitätsunternehmen. Finanzminister Heldt erinnert an die von ihm am 14. Januar ausgesprochene Hoffnung, daß unsere Gegner Rückhalt auf unsere Leistungsfähigkeit nehmen würden. Die Pariser Beschlüsse hätten jedoch diese Hoffnung zerstört, weshalb von der Möglichkeit einer Befriedung unserer Finanzwirtschaft keine Rede sein könne. Deshalb sei zu hoffen, daß die deutsche Regierung diejenigen Maßnahmen ergreifen wird, wie vor einem entschiedenen Unannehmbar entgegenstellen wird. Unter dem Zwange der Verhältnisse müsse der Ausgabenkreis auch unseres Reiches innerhalb der Grenzen der Verlässlichkeit nur so gehalten werden, als es uns erwünscht erscheine. Neue Ausgaben, die Kosten verursachen, dürfen nur aufgenommen werden, wenn es sich um lebenswichtige Interessen des Volkes handelt. Der Minister führt fort: Da vielfach Maßregeln der Reichsregierung auf gesetzgebendem Gebiet schwierigste finanzielle Folgen für die Länder und Gemeinden haben, habe die Reichsregierung einen Auftrag Preußens im Reichsrat untersagt, daß unter allen Umständen vor Einbringen solcher Gesetzesvorlagen die Kostenfrage im Einvernehmen mit den Ländern zu regeln ist. Gleichzeitig sollen alle Verwaltungseinrichtungen und -Stellen auf ihre Notwendigkeit und Sparsamkeit nachgeprüft und diejenigen Behörden, welche gleichen oder ähnlichen Zwecken dienen, soweit als möglich zusammengelegt werden. Es ist im einzelnen den Kabinettsministerien überlassen worden, zu erwägen, in welcher Weise sie innerhalb ihres Verwaltungsbereiches die notwendige Nachprüfung vornehmen wollen. Auch im allgemeinen ist

Anweisung zu allergrößter Sparsamkeit

erteilt worden und ich kann auch das Haus erneut bitten, alle nicht im Lebensinteresse des Staates unberührbaren neuen Anforderungen zurückzustellen auf eine günstigere Zeit. In dem Nachtrag zum ordentlichen Haushaltplan werden Mehrausgaben von 287 943 421 Mark angefordert. Zu ihrer Deckung seien Einnahmeverhöhung von 111 247 264 Mark zur Verfügung. Der Rest von 176 696 157 Mark wird aus den Einstellungen des Hauptfonds bei Kapitel 110 gebildet. Die Neuregelung des Bevölkerungswesens durch das Gesetz vom 21. Mai 1920 erfordert einen Mehrbedarf von rund 172 Millionen und die Erhöhung der Bevölkerung im Staatstand beständlichen Staatsbeamten, Lehrer usw. und der Hinterbliebenen einen solchen von 150 Millionen. Angefordert werden im Nachtragsplan 875 neue Beamtenstellen. Diese Zahl ergibt sich aus einem Zugang von 1187 Stellen und einem Abgang von 272 Stellen. Den Hauptanteil an den neuen Stellen, die zum größten Teil von der Volkskammer bereit bewilligt worden sind, hat die Verstärkung der Landespolizei, eine natürliche Folge der steigenden Kriminalität. Von dem Mehrbedarf an fortlaufenden fachlichen Ausgaben entfällt ein erheblicher Teil auf Hochbaubarbeiten, insbesondere bei den Forst- und bei der Straßen- und Wasserbauverwaltung. Derner rund 2 Millionen auf Beiträge zur Schlachtviehsteuerung und rund 8 Millionen für Fachschulen. Die

neuen Anforderungen für einmalige Ausgaben verteilen sich mit rund 8 Millionen auf die bereits von der Volkskammer genehmigten Verbesserungen der technischen Einrichtungen des Eisenerzbergs, mit rund 500 000 auf die Porzellanmanufaktur, 400 000 auf die staatlichen Kohlenwerke, 700 000 auf die Holztenwerke, 788 000 auf die Gerichtsgebäude, 25 Millionen auf die von der Volkskammer bereits bewilligten zum größten Teil schon ausgezahlten Beihilfen an die Arbeiterrenten, 900 000 auf die Technischen Staatslehranstalten.

ten Chemnitz, 1080 870 auf die Betriebswirtschaften, 4 861 000 auf die Landesanstalten, 8 827 000 auf die Universität, endlich werden 17 Millionen für Darlehen von Gemeinden angefordert. Der Betrag zur Deckung des besonderen Aufwandes für Reichsliche mußte im Einklang mit der Reichsverfassung auf 17 Millionen erhöht werden. Weiter werden auch die eingestellten, nicht effektiven Mehreinnahmen durch Mehrausgaben zum größten Teil aufgezehrt. Im Haushalt der Büchsenfelder wird bei den staatlichen Theatern der Buchsfehdar auf rund 5 Millionen an, obwohl die Einnahmen um 4,8 Millionen höher veranschlagt worden sind. Es schwelen nicht allein Verhandlungen mit der Stadt Dresden wegen Beteiligung an den Kosten, sondern es sind auch Erwägungen darüber im Gange, die das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen durch grundlegende Veränderungen bestellt und der Buchsfehdar verzerrt werden kann. Die Erhöhung der Gehälter und Kosten im Bereich des Justizministeriums lassen eine Mehreinnahme von 12 Millionen und im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern eine solche von 3,8 Millionen erwarten. Eingesetzt sind 2 Millionen für Herstellung eines Schiffahrtskanals für 1000-Tonnen-Schiffe von Leipzig nach der Saale, dessen Durchführung aber zur selbstverständlichen Voraussetzung hat, daß die im Rahmen des Mittellandkanals geplante Veranlassung vorliegt. Endlich ist ein erster Teilbetrag von 1/2 Million für den Bau einer Talsperre bei Muldenberg im Vogtlande vorgesehen.

Der Minister sprach zum Schluß sein Bedauern aus, daß angesichts der ungünstigen Finanzlage die Ausführung dringender sozialpolitischer Reformen und Neuerungen aller Art ein zweites zurückgestellt werden müssen, die in einem wohlhabenden Staat hätten ausgeführt werden können. Je mehr sich das deutsche Volk zu gemeinsamer Arbeit zusammenstünde, um so eher wird es in der Lage sein, andere Ausgaben zu erfüllen, die selbst im Augenblick die dringendsten seien.

Kleine politische Meldungen.

Der Nationalstrauerzug verschoben? Als Trauertag für die im Kriege gefallenen Opfer war der 6. März vorgesehen worden. Gegen die Festsitzung dieses Termins haben sich im Reichstag Bedenken erhoben, weil die Frist zu kurz sei, um die Beiziehungen vorzubereiten, namentlich da der Reichstag auch gar nicht mehr in der Lage sei, bei der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit das Gehege rechtzeitig durchzuführen. Es soll daher der Gedanke eines Trauertagezuges zwar nicht fallen gelassen werden, aber ein späterer Zeitpunkt gewählt werden.

Keine Genugtuung für die Ermordung des Grafen Mirbach! Von der russischen Grenze wird gemeldet, daß die Sowjetregierung eine Genugtuung für die Ermordung des Grafen Mirbach abgelehnt hat und sich entschieden weigert, irgend welche Maßnahmen gegen den Mörder des Grafen Mirbach, Blumkin, zu ergriffen.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei wird am kommenden Sonnabend und Sonntag in Berlin zur Versammlung der politischen Lage zusammentreten.

Ententebewirtschaftung der deutschen Bergwerke? Wie ein amtliches Telegramm meldet, haben die französischen Vertreter für London Vorschläge dem Rat unterbreitet, die die Bewirtschaftung der deutschen Bergwerke durch die Ullierer zu lassen.

Wiederaufnahme des konsularischen Dienstes mit Amerika. Die amerikanische Regierung ist der deutschen Regierung mit, daß sie bereit sei, den Vorschlag zur Wiederherstellung des konsularischen Dienstes zwischen den beiden Ländern wieder aufzunehmen. Sobald die neue Regierung ihr Amt angetreten habe, würde der neue Außenminister sich mit den hierzu nötigen Handlungen befassen.

Der Arbeitsplan der Londoner Konferenz. Havas meldet, wie das Auer Tageblatt schon gestern kurz mitteilte, aus London: Der Alliierte Rat hat die Beratungen mit den Deutschen auf die Zeit vom 1. bis 6. März festgesetzt. Auf der Tagesordnung steht lediglich die Wiedergutmachungsfrage. Es werden keine Erörterungen über die Entwicklung zugelassen. Das Referat über die Pariser Beschlüsse ist Brüssel übertragen.

Hoch rausst! Daily Telegraph meldet, daß Marshall noch dem Alliierten Rat ein Schriftstück überreicht hat, das den Einmarsch in Deutschland in allen Einzelheiten darlegt. Marshall hat es nicht unmittelbar nach Ankunft der Deutschen London.

Austritt des polnischen Außenministers. Infolge der Entscheidung der Londoner Konferenz, die in der Frage der Abstimmung in Oberschlesien bekanntlich die gleichzeitige Abstimmung aller Oberstädte verfügt hat, hat der polnische Außenminister Fürst Sapieha, der gegenwärtig in Paris weilt, dem polnischen Staatschef Piłsudski seine Demission als Minister des Auswärtigen gegeben.

12-Stunden-Tag in Russland. Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Warschau: Der Prawda zufolge ist durch Beschluss des Rates der Volksbeauftragten vom 1. März ab in den Fabrikruinen Russlands der 12-Stunden-Tag wieder eingeführt.

Chinesisch-russisches Militärblündnis. Echo de Paris meldet aus Peking, die japanische Mission in Peking habe erfahren, daß zwischen Vertretern der chinesischen Regierung in Moskau und der Sowjetregierung eine Militärkonvention unterzeichnet wurde. Nach diesem Abkommen hätten die beiden Staaten sich verpflichtet, sich gegenseitig gegen jeden Feind Hilfe zu leisten.

Die Sowjetunion am Ende der Weisheit. Einem der jüngsten deutschen Diplomaten, der schon früher ebenfalls mit der Sowjetrepublik zu tun hatte, hat dieser Tage Krafft in sein Herz ausgeschüttet. In Moskau sei man vollständig ratlos und mit seiner Kenntnis zu Ende. Die Wirtschaftslage sei, so erzählt Krafft einem Gewährsmann, geradezu katastrophal. Die 100 deutschen Lokomotiven könnten nur den Tropfen auf den heißen Stein bedeuten, und die Sowjetrepublik Juche unter allen Umständen durchgreifende Hilfe bei Deutschland.

Stadtverordnetenversammlung zu Aue.

Ein im stadtparlamentarischen Leben Aues unseres Wissens bisher noch nicht bairgesener Fall trat gestern Abend ein: Die Träume sprach mit. Wollte sich durch Kurzfrist in die Verhandlungen lachte, protestierte durch allerhand Einwände und Widersprüche, fügte: mögliche sich ihr nicht zustehende Rechte an und schobte damit — ganz abgesehen von dem störenden Charakter solcher Unmischung — die Würde des Ortes. Denn eine Stadtverordnetenversammlung ist keine Volksversammlung, in der jeder Besucher, wenn es auch nicht gerade höflich ist, seiner gegenteiligen Meinung durch Kurzfrist Ausdruck geben darf. Und was neuerdings bei den Sitzungen einiger großstädtischer Stadtverordnetenversammlungen — so vor allem in Berlin, auch in größeren Parlamenten, wie erst dieser Tage im Sachsischen Landtag — Mode geworden ist, schlägt sich noch lange nicht für Aue. Vielleicht aber ist es nicht einmal angebracht, für die Vorlesungen in den gestrigen Sitzungen in erster Linie das zuhrende Publikum verantwortlich zu machen, als vielmehr das vom St. Verteil angeschnittene Thema, das rein privater Natur war, und Privatsachen gehören nun einmal nicht in den Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung. Der genannte Herr führte nämlich an der Hand unbeholfener Reden, die Schwerpunkte darüber, daß einzigen Einwohnern, die ihren Verpflichtungen der Gasanstalt gegenüber nicht nachgekommen sind, deshalb die Gaszufuhr abgesperrt worden ist. In der waren sich aufschließender Aussprache ergriff ein Teil des Publikums aus unbefestigter Partei gegen den Stv. Schulteich, der das Ding beim rechten Namen nannte, nämlich die Angelegenheit als nicht vor das Kollegium gehörige Privatsache kennzeichnete. Wir möchten dem noch hinzufügen, daß die Gaswerksverwaltung handeln mußte, wie sie tat, und zwar auf Grund ihrer Bestimmungen, die nicht allein vom St. St., sondern auch vom — damals allerdings anders zusammengesetzten — Stadtverordnetenkollegium ihr vorgeschrieben sind. Dem Verhalten der Träumerin bedauert jedoch die Klingel des Vorstebers ein Ende und sowohl dieser als auch Bürgermeister Hofmann rügten die Auseinandersetzung mit energischen Worten. Hoffentlich bleibt der Vorfall ohne Nachahmung! In der Ausschreibung der fraglichen Befreiung überwiegend empfohlen mehrere Stadtvertreter dem Gaswerk, nach Möglichkeit Milbe walten zu lassen.

Bon der gestern erledigten Tagesordnung hatte nur ein Punkt Interesse, darüber aber auch ein sehr reges und das war der

Bericht des Stadtrates in der

Blauenthaler Wassersache.

Im Dezember d. J. war eine amtliche Bekanntmachung erschienen, derzufolge die Stadt Aue erneut um die Genehmigung zur Herstellung des Blauenthaler Wassers nachsuchte. Diese Tatsache gab in der darauffolgenden Sitzung dem Stv. Selbmann Anlass zu einer Interpellation in dieser Sache. Der St. St. wollte alsbald darüber berichten, die letzten Sitzungen des Kollegiums zogen sich aber so in die Länge, daß die Beantwortung der Anfrage durch den St. St. mehrere Male vertagt werden mußte. Inzwischen hat Bürgermeister Hofmann einen Unfall erlitten, um die Angelegenheit nun doch zu Ende zu bringen, hatte er es möglich gemacht, trotzdem in der gestrigen Sitzung zu erscheinen. Stv. Vorst. Frey verlas zunächst den beispielhaften Briefwechsel mit dem Wasserbauamt in Schwarzenberg, aus dem hervorging, daß die Amtshauptmannschaft das der Stadt Aue in Blauenthal verliehene Wasserrecht als erloschen ansieht, weil die Stadt entgegen den Bestimmungen des Vertrages nicht innerhalb eines Jahres mit dem Bau der Wasserleitung begonnen habe. Demgegenüber vertritt der Stadtrat den Standpunkt, daß die in Blauenthal ausgeführten Vorarbeiten, insbesondere die angelegten Versuchsbrennen, zur Leitung gehören und doch also mit diesen Unlagen auch der Leitungsbau begonnen worden ist. Es handelt sich also nunmehr um einen Rechts- oder besser Prinzipienstreit zur Klärung der Frage, ob die bereits ausgeführten Arbeiten ein Teil der Leitung sind oder nicht. Trotzdem ist — für alle Fälle — die Genehmigung neu ausgeschrieben und gleichzeitig gegen die Entscheidung des Wasseramtes Stettern eingeklagt worden.

Nach diesen Darlegungen ergriff Bürgermeister Hofmann das Wort, um mitzuteilen, daß die Angelegenheit bereits in ein neues Stadium eingetreten ist, indem die Kreishauptmannschaft ihre Entscheidung über den Stettern gegen den Stadtrat getroffen hat, was vorauszusehen gewesen wäre, weil die Verwaltungsbehörden mehr Interesse für die geplante Talsperre als für die Stadt hätten. Es ist daraufhin sofort Anfangsfrage beim Oberverwaltungsgericht erhoben worden, daß in der Wasserfrage schon zweimal der St. St. Recht gegeben hat. Bürgermeister Hofmann drohte die umfangreiche Anfechtungsschrift zur Verleugnung, die alle rechtlichen und verwaltungstechnischen Fragen eingehend erörtert, und gab der Prüfung Ausdruck, daß das gewünschte Ziel erreicht werde. Die Frage: Warum hat der St. St. die Neuaufschreibung erlassen, wenn er seinen Rechtsstandpunktes so gewiß ist? müsse dahin beantwortet werden: wir haben immer mit großem Widerstand gegen das Blauenthaler Projekt zu rechnen gehabt, auch jetzt noch, und es muß in Betracht gezogen werden, daß im Landtag ein neues Gesetz wegen Überforderung des Wasserrechts eingebracht werden könnte.

Mit diesen Ausführungen erklärte das Kollegium sich für zufrieden gestellt, worauf ein 3. Nachtrag zur Haushaltserordnung genehmigt wurde, der die jüngst beschlossene Neuregelung der eingeschränkten Tätigkeit der Blauenthalerwehr regelt. Ferner wurde für Barfüßereiung im Saale des Schlosses Aue die Summe von 12.500 Mark bemilliert; der St. St.

zahlt dafür höhere Mietzins und noch eine besondere Vergütung der Baumsumme. Außerhalb der Tagesordnung wurde um Vorlegung der Rechnungen der Bauhütte für die bislang für die Stadt geleisteten Arbeiten ersucht. Die Vorlegung soll baldigst erfolgen; die Kosten sollen bei teilweiser Verlustdeckung des inzwischen eingetreteten Materialienpreisstufgangs um etwa 30 Prozent hinter dem Konsensatz zurückgeblieben sein. — Damit war die öffentliche Sitzung, an der 21. Stadtverordnete und acht Stadträte teilnahmen, nach 1½ stündiger Dauer beendet; es schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Von Stadt und Land.

Aue, 25. Februar 1921
Vorlegung des Verjüngungsamtes nach Aue. Das Verjüngungsamt Schneeberg wird, wie unsere Leser wissen, unter dem 1. Platz nach Aue versetzt. Die Diensträume in Aue befinden sich im ehemaligen Hotel Kaufmann, am Bahnhof. Für den öffentlichen Verkehr ist das Verjüngungsamt vormittags von 8 bis 12 Uhr geöffnet. Infolge des Umzugs von Schneeberg nach Aue bleibt das Verjüngungsamt vom 24. bis mit 23. Februar für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Arbeiterreisekarten. Aus dem Hauptbüro der Eisenbahndirektion wird dem Auer Tagblatt geschrieben: Am 1. März 1921 treten bei der Reichseisenbahn neue Bestimmungen über Arbeiterreisekarten in Kraft. Während solche Karten bisher nur an Personen ausgegeben werden durften, die mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind (Arbeiter im engeren Sinne), sind künftig alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen (also auch Beamte und Angestellte), ferner Beamtenangehörige, Lehrlinge und andere zur Berufsausbildung beschäftigte Personen zum Lösen der Arbeiterreisekarten berechtigt. Die Arbeiterreisekarten sind nicht für Ausflüge usw. bestimmt; sie sollen vielmehr denjenigen Arbeitnehmern, die infolge auswärtiger Beschäftigung die Woche über von ihrem häuslichen Wohnort abwesen sind, den Besuch ihrer Familie an den Sonn- und Feiertagen erleichtern. Mit den Arbeiterreisekarten ist eine berufliche Erreichung des Nahverkehrs verbunden. Die Karten werden aber nur für 4 Kilometer ausgegeben auf Entfernung von 21 bis in der Regel 100 Kilometer. Sie gelten nur zur Fahrt zwischen dem Wohnort und dem Arbeitsort und zwar zur Fahrt vom Arbeitsort nach dem Wohnort nur am Tage vor einem Sonn- oder Feiertag oder an diesen Tagen selbst und zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitsort nur am Tage nach einem Sonn- oder Feiertag oder an diesem Tage selbst. Die Karten gelten sieben Tage. Wer am Sonnabend oder Sonntag am Arbeitsorte eine Arbeiterreisekarte löst, muß daher schon am nächsten Montag vom Wohnort zurückfahren, wer aber am Sonntag am Wohnort eine solche Karte einnimmt, kann mit dieser Karte am folgenden Sonnabend vom Arbeitsort zurückfahren; wenn er die Karte am Wohnort am Montag gelöst hat, gilt sie zur Rückfahrt am nächsten Sonnabend oder Sonntag, aber nicht an den davorliegenden Tagen. Erhältlich sind die Arbeiterreisekarten sowohl am Wohnort als auch am Arbeitsort. Beim Lösen der Karten ist ein Ausweis nach vorge schriebenem Muster vorzulegen. Der Arbeitgeber hat darin zu bestätigen, daß der Arbeitnehmer bei ihm beschäftigt ist, und die Gemeinde (Ortspolizei) behörde am Wohnort des Arbeitnehmers, daß dieser dortständig wohnt. Es darf immer nur ein Arbeitsort angegeben werden, auch muß der Ausweis vom Arbeitnehmer eigenhändig unterschrieben sein. Bordkarte zu den Ausweisen sind an den Fahrkartenschaltern zum Preise von 10 Pf. erhältlich. Die bisher vorgeschriebenen Ausweise werden am 28. Februar 1921 ungültig.

a. Fahrplanänderungen. Vom 28. Februar ab verkehrt von Schneeberg-Kreisstidtil nach Aue ein Arbeitzug in folgendem Fahrplan: Ab Schneeberg-Kreisstidtil norm. 6.10, an Aue norm. 6.40. Die Züge 2051 und 2052 verkehren vom genannten Tage ab nur noch bis und ab Niederschlema. Die Züge 1758 und 1759 verkehren vom 28. Februar ab nunmehr auch Montags bis Freitag nach und von Eibenstock unt. Bf. und zwar in folgendem Fahrplan: Ab Aue 4.44, an Eibenstock unt. Bf. 5.21; ab Eibenstock unt. Bf. 5.55, an Aue 6.28.

Die Häufung der Scheichslungen in Sachsen. Während vor dem Kriege halbjährlich in Sachsen rund 20.000 Chen geschlossen wurden, und diese Zahl in den Jahren 1915 bis 1918 auf durchschnittlich 13.000 Janl. stieg sie im ersten Halbjahr 1918 auf 24.400, im zweiten Halbjahr 1919 auf 34.600, im ersten Halbjahr 1920 auf 87.000. Nach wissenschaftlich sichergestellten Erfahrungen steigt die Zahl der Scheichslungen in Jahren wirtschaftlichen Wohlstandes und Aufschwunges stark an, und sinkt in Zeiten des Niederganges und der Krise. Deshalb muß die ungewöhnliche Häufung der Scheichslungen nach einem verlorenen Kriege und in einer Zeit schwersten wirtschaftlichen Drucks überwachen. Offenbar beruht sie hauptsächlich darauf, daß eine große Anzahl Scheichslungen nachgeholt wurden, die während des Krieges unterblieben sind, und daß das Heizkostenat zurückspringt, weil die Einkommen jüngerer Leute verhältnismäßig erheblich gestiegen sind. Über nach Berechnung des Sächsischen Statistischen Landesamtes muh die Nachholung schon am Ende des ersten Halbjahrs im wesentlichen beendet sein, und wenn der wirtschaftliche Druck sich verstärkt, und die Vorwegnahme künftiger Then, die bei Herauslegung des Heizkostenat eintreten, der Wirkung kommt, wird die Zahl der Scheichslungen stark zurückgehen.

Die Berufung von Frauen zu Innungsämtern. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat auf eine Eingabe der Zittauer Gewerbeleiter folgenden Beschluss gefasst: Im Hinblick auf die vorstehende Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Wahlbarkeit der Frauen zum Schöffensamt, sowie auf Artikel 109 der Reichsverfassung hat das sächsische Wirtschaftsministerium keine Bedenken, wenn bei Prüfung von Innungsstatuten usw. die Berufung von Frauen zu Innungsämtern unbedenklich bleibt. Die Innungen sind jedoch darauf hinzuweisen, daß es zweifelhaft erscheint, ob die Gerichte in solchen Fällen die Wahl von Frauen als rechtskräftig anerkennen werden.

Werdau, 24. Februar. Protest der Arbeitslosen. Hier versammelten sich 800 Arbeitslose zu einer Protestversammlung. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Scherf und andere Kommunisten sprachen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Erwerbslosen mit aller Kraft gegen die minimalen Unterhaltungspauschalen protestieren. Keine erhöhte Unterhaltung, sondern nur Arbeit kann ihre elende Lage verbessern. Die sofortige Inanspruchnahme des Bahnbauarbeitervereins und anderer Stossstandsarbeiten (Umtagsgerichtsbaud) werde gefordert.

Plauen, 24. Februar. Mieterprotest. In drei großen nom Allgemeinen Plauener Mietverein einberufenen Protestversammlungen nahmen die Mieter Plauens Stellung zu den Vorhänden des Allgemeinen Hausbesitzervereins in dem von ihm aufgestellten Normal-Mietvertrag. Es wurden Entschließungen gefaßt, in denen die Mieter unbedingt Durchführung ihrer Forderungen verlangen und den Mietvertrag des Hausbesitzers als ungültig und ungültig bezeichnen.

Marienberg, 24. Februar. Den Teilerwerbssachen und Kurzarbeiter wurde von den Stadtvorständen eine Miet-, Brot- und Kohlenhilfe zugesprochen. Eine von den Erwerbslosen geforderte Wirtschaftshilfe von 800 M. für Beschäftigte und 150 M. für Lebende aus städtischen Mitteln wurde abgelehnt; es soll eine Summe von 400 bis 500 M. aber aus Belegschaftsmitteln, wärstens befürwortet werden.

Weiden, 24. Februar. Die Vorstellung des Porzellansangs soll in nächster Zeit beschleunigt werden, wenn die umfangreichen maschinellen Einrichtungen vollendet sind. Der Bedarf an Porzellangeld ist außerordentlich groß, und besonders die Ausländer hieraus geraden phantastische Preise. Die amerikanischen Bestellungen sind auf Anordnung der Direktion der Weinhauer Manufaktur dem Roten Kreuz übergeben worden, das den daraus entstehenden Nutzen für seine Zwecke verwenden soll. Weiter hat die Manufaktur ausgezeichnet gesungene Wünsche aus braunem Böttcher-Porzellan für die Propaganda in Oberschlesien hergestellt. Auch für das sächsische Rote Kreuz werden jetzt Wohltätigkeitsmünzen herausgegeben.

Handel und Verkehr.

Der Wiederaufbau des Handelslokals. Wie mehrere Berliner Blätter von interessanter Seite erfahren, ist es endlich gelungen, die seit Jahresfrist im Gange befindlichen Verhandlungen mit der Reederei- und Werftindustrie über den Wiederaufbau des für Deutschland unbedingt notwendigen Schiffbauamtes durch einen Vergleich zum Abschluß zu bringen. Es besteht die Hoffnung, daß die Interessenverbände dem Vergleich zustimmen werden. Die Reederei haben auf gewisse Rechte verzichtet. Es wird Wert darauf gelegt, durch den Aufbau eines Teiles des Handelslokals in beschranktem Umfang die Beschäftigung der Arbeiter zu gewährleisten.

Sächsische Gewerbe- und Handelsvereinigung. Wie der Vorsitzende Berndt, Alt.-Gen., in Dauter i. Sa. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 Prozent fest. Der Vorsitzende teilte mit, daß das Unternehmen im neuen Jahre andauernd gut beschäftigt sei, und falls keine unerwarteten Ereignisse eintreten, könne auch diesmal wieder mit einem befriedigenden Ergebnis gerechnet werden.

Sächsischer Handelskammertag.

Am 18. Februar d. Jo. traten in Leipzig die sächsischen Handelskammern zu einer gemeinsamen Tagung zusammen. Von den zahlreichen Verhandlungsgegenständen verdient in erster Linie hervorgehoben zu werden der

Entwurf des häufigen sächsischen Gewerbesteuergegesches. Bei der Beratung dieses Gesetzeswurfs wurden schwere Bedenken gegen die neue steuerliche Belastung von Handel und Industrie Sachsen laut, die sich bei dem starken Export Sachens ganz besonders fühlt. Auch grundlegende Bedenken bestehen gegen die beschäftigte neue sächsische Gewerbesteuer. Die Steuer ist nämlich eine Ertragssteuer und bedeutet somit einen bedauerlichen Rückschritt zu einem veralteten Steuersystem, das in dem industriell entwickelten Sachsen glücklicherweise schon seit vielen Jahren verschwunden ist. Wenn die sächsischen Handelskammern trotz dieser schweren Bedenken doch den Entwurf des sächsischen Gewerbesteuergegesches ihre grundsätzliche Zustimmung nicht verlagen, so geschieht dies nur im Hinblick auf die Finanznot des sächsischen Staates und auf die Zwangslage, in der sich Sachsen bei der Einführung seiner Gewerbesteuer in der Form der Ertragssteuer infolge der Bestimmungen des Landesteuergegesches befindet. Im einzelnen wurde von den Handelskammern gefordert, daß auch die Unterschreibungen des Reiches, des sächsischen Staates und der sächsischen Gemeinden der Gewerbesteuer unterworfen werden, damit nicht durch eine Besteuerung dieser Unternehmen, wie sie im Gesetzeswurfe vorgesehen ist, die privaten Betriebe gegenüber den öffentlichen Betrieben geschädigt werden. Weiter erhob der sächsische Handelskammertag Einspruch gegen die vorgesehenen Steuersätze. Der Steuersatz von 3 Prozent der Betriebsanlage wurde als höchstmar bezichtet, bis zu dem das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital belastet werden darf. Der im Gesetzeswurfe vorgesehene Steuersatz von 3 Prozent der Betriebsanlage, sowie die geplante Staffelung des Steuerlastes bis zu 8 Prozent wurde von den sächsischen Handelskammern abgelehnt mit der Begründung, daß bei der Betriebsanlage der Steuersatz nicht höher als 2 Prozent und die weitere Staffelung nicht mehr als 5 Prozent betragen dürfte. Auch gegen den vorgesehenen Gemeindezuschlag bis zu 25 Prozent nahmen die sächsischen Handelskammern Stellung. Sie vertraten dabei den Standpunkt, daß zu den bereits sehr hohen Steuersätzen ein weiterer Zuschlag der Gemeinden überhaupt nicht treten darf und daß dafür die Gemeinden durch einen stärkeren Prozentsatz an dem Aufkommen der staatlichen Gewerbesteuer beteiligt werden sollen. Es wurden dann noch eine Reihe von Wünschen und Änderungsvorschlägen zu dem Gesetzeswurfe vorgebracht und der sächsische Handelskammertag beschloß einstimmig, alle diese Bedenken und Wünsche dem sächsischen Finanzministerium und dem sächsischen Wirtschaftsministerium zu berichten.

Des weiteren beschloß sich der Handelskammertag mit der

Neuziegelung der Zusammenlegung

des Eisenbahnrates Dresden. Einstimmig wurde gegen die Verordnung des sächsischen Gefamministeriums vom 29. Januar d. J., durch die der sächsische Eisenbahnrat in anderer Weise zusammengelegt worden ist als bisher und infolge deren namentlich einer der sächsischen Handelskammern in Zukunft auf eine Vertretung im sächsischen Eisenbahnrat verzichten müßte, mit Entschiedenheit Einspruch erhoben. Der sächsische Handelskammertag trat dafür ein, daß die fünf sächsischen Handelskammern nach wie vor sämtlich im sächsischen Eisenbahnrat vertreten sein müssen.

Auch mit der Frage der

Wirtschaftsförderung für die deutsche Wissenschaft beschäftigte sich der Handelskammertag, und es kam dabei das lebhafte Interesse zum Ausdruck, das die sächsischen Handelskammern dieser Frage entgegenbringen. Es wurden dann noch eine Reihe von Gegenständen vertraulicher Art zur Besprechung. Neben die Kundgebung der sächsischen Handelskammern gegen die Pariser Beschlüsse ist bereits berichtet worden.

Vermischtes.

Große Warenunterschlägungen auf dem Wiesbadener Güterbahnhof. Auf dem Wiesbadener Güterbahnhof ist man umfangreiche Warenunterschlägungen auf die Spur gekommen. Ein Manager und zahlreiche Eisenbahnarbeiter sind bereits verhaftet worden. Bisher hat man ein großes Warenlager gestohlenen Güter entdeckt. Weitere Verhaftungen stehen bevor, da die Unterschlägungen, die sich auf die ganzen letzten Jahre erstrecken, einen außerordentlich großen Umsatz angenommen haben.

Neue Verlobung des Kronprinzen August. Der frühere Kronprinz August von Bayern hat sich neuerdings mit der Prinzessin Antonie von Luxemburg, der 22-jährigen älteren Tochter des verstorbenen Großherzogs Wilhelm von Luxemburg, verlobt. Bekanntlich hatte der Kronprinz nach der Heirat

union in Unbedeutung gebracht, fand die Wiederherstellung der alten Reihenfolge Konstantin als Kaiser wieder auf, als die reichen alten Säulen wieder aufgestellt wurden.

Schweres Erdbeben in London. Ein Erdbeben von 5,5 auf der Richterskala ereignete sich in London Nordwestchina am mittleren Tagesschlaf. Es dauerte 15 Minuten und verursachte einen großen Schaden.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung betrug 75,5 Prozent. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, die CDU 30,5 Prozent, die KPD 18,5 Prozent und die DDP 6,5 Prozent.

Berlin, 25. Februar. Die Wahlen zum Deutschen Nationalversammlungswahlkreis Sachsen-Anhalt sind abgeschlossen. Die Wahlbeteiligung bet

zten in Unbereich des verhinderten Verhältnisse seine damalige Brant gebeten, ihr Wort zu rückzunehmen.

Wandelsilberminen. In Friedrichshafen fanden sich Reisende aus Frankfurt, deren eigentliches Reiseziel Konstanz war. Sie wurden festgenommen und entpuppten sich als die reisten wandelnden Silberminen. Mehr als einen halben Centner Silber in 5-Franks. und 5-Markstücken hatte jeder der Festgenommenen bei sich in langen Stangen gerollt und in Gurt und Schmugglerwesten verborgen.

Schweres Erdbeben in China. Bei der chinesischen Mission in London sind Meldungen eingetroffen über ein Erdbeben, das sich im Nordwestchina ereignet hat. Die Provinz Kansu soll hierdurch am meisten gelitten haben. Bei dem Erdbeben sind 40 000 Quadratmeilen in vier Provinzen von der Verwüstung betroffen worden. In einzelnen Dörfern wurde fast die Hälfte ländlicher Hütten zerstört. Man nimmt an, daß viele Tausende von Personen den Tod gefunden haben.

Letzte Drahtnachrichten.

Gesicht von einem nationalistischen Putsch.

Berlin, 25. Februar. Zu einer Notiz der Deutschen Allgemeinen Zeitung, in der vor unbekannten politischen Abenteuerern gewarnt wird, erfuhr der Lokalangeiger von zuständiger Stelle, daß wer beim Staatskommissar für öffentliche Ordnung noch kein Polizeipräsidium von Berlin, noch an anderen Stellen irgendwelches Material über einen geplanten nationalistischen Putsch bekannt sei.

Beratung der Kabinettbildung?

Berlin, 25. Februar. Zur Frage der Kabinettbildung erfuhren die Blätter aus parlamentarischen Kreisen, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei Dr. Stresemann an die anderen Reichstagsfraktionenparteien ein Schreiben gesendet hat, in dem er vorschlägt, die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen Koalition im Reich und in Preußen bis nach der Londoner Konferenz zu vertagen. Laut Bößlicher Zeitung sei anzuge-

nehmen, daß diesem Vorschlag, der auch den Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung trage, entsprochen werde.

Der Wahlkampf in Oberschlesien.

Breslau, 25. Februar. Die vereinigten Verbände heimatfreuer Oberschlesiener teilen mit: Die interalliierte Kommission erfüllt auf Antrag Bafflers eine von gewissen Stimmberchtigten der Kategorien U und C von den partikulären Ausschüssen. Die Bafflerscheine haben den Zweck, die wegen Unbefriedigung von Oberschlesiern nicht empfangenen Legitimationsscheine zu ersetzen und dienen zur Einreise nach Oberschlesien und auch als Wahlkarte. Solche Bafflerscheine müssen beantragt werden 1) von Stimmberchtigten der Kategorien U und C, die nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiet verpogen sind, 2) von Stimmberchtigten der Kategorie U, die ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet haben, sich aber vorübergehend außerhalb des Abstimmungsgebietes aufhalten. Für diese letzteren ist es ohne Belang, seit welchem Zeitpunkt sie sich außerhalb des Abstimmungsgebietes aufhalten. Es gehören hierzu z. B. Studierende, die zur Universität gezogen, Geschäftsfreitende, junge Kaufleute, die eine Handelschule besuchen, junge Mädchen, die in ein Pensionat oder in eine Familie an einem fremden Orte eingetragen sind, Salzorbeiter und andere Jhr. Der Antrag auf Übersezung dieses Bafflerscheines muß sofort auf vorgeschriebenem Formular erfolgen, wie es bei allen Ortsgemeinden der vereinigten Verbände heimatfreuer Oberschlesiener kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Beleidiger und dualistisch.

Breslau, 25. Februar. Staatsanwaltschaftsrat Tr. Rohde, der fürlich in einer Wahlrede in Schweidnig die Presse als feile Witze bezeichnete, hat den Chefredakteur der Breslauer Morgenzeitung Hinke und den verantwortlichen Redakteur der Breslauer Zeitung Dr. Langenstraße, die gegen jene Beschimpfung Stellung genommen hatten, auf Winkeln gefordert.

Muttertagsnachrichten.

St. Nikolai.

Sonntag, Ocull, 27. Febr., vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst: Hoch. Herzog; vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst b. J. Witz.: Mr. Schmüller, nachm. 5 Uhr Abendmahlsgottesdienst: Volk. Herzog, abd. 8 Uhr i. gr. Pfarrhausaale Familiengottesdienst, Mr. Kreisel spricht über: Glaube und Sitts. Der Jungkassenverein nimmt an diesem Familiengottesdienst teil. Der Jünglingsverein ist nach Schneeburg zum Familiengottesdienst des dortigen Jünglingsvereins eingeladen.

Montag, 28. Febr., abd. 8 Uhr i. gr. Pfarrhausaale Versammlung b. Kirch. Seiler d. 1. Bes.: Mr. Schmüller. — Dienstag, 1. März, in Kuerhammer abd. 8 Uhr Bibelstunde: Volk. Herzog. — Mittwoch, 2. März, abd. 8 Uhr i. d. Kirche Passionsgottesdienst m. anjgl. Beichte u. Abendmahlfeier: Mr. Schmüller. — Donnerstag, 3. März, abd. 8 Uhr Männerabend u. Christi Verein i. Männer. — Freitag, 4. März, abd. 8 Uhr Weltkindergarten f. J. Thötes i. II. Saal d. Pfarrhaus: Volk. Herzog; abd. 8 Uhr Abendmahlsgottesdienst, insbesondere für die landestadeliche Gemeinschaft: Pastor Dittel.

Grünenkirche.

Sonntag Ocull, vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Kinderchor: D. hochheilig Kreuze. Beichte u. Abendmahl. — Mittwoch, 2. März, abd. 8 Uhr Passionsanbacht, Beichte u. Abendmahl. — Freitag, 4. März, abd. 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst.

Gemeinschaftschor zu Aue.

Sonnabend nachm. 18 Uhr Bibelstunde: Evangelist Sch. — Sonntag, nachm. 12 Uhr Sonntagschule; abd. 8 Uhr Evangelisationsversammlung, Pred. Rog. — Dienstag: Blaufreuderversammlung. — Mittwoch: Jugendbund f. J. Mädchen. — Donnerstag: Bibelabendsprechstunde, Pred. Rog. — Freitag: Abendmahlfeier in der Nikolaiskirche.

Neuapostolische Gemeinde Aue (Louis-Gillher-Straße 7).

Sonntag, 27. Febr., vorm. 9 Uhr Gottesdienst. Freunde und Gönner sind herlich willkommen.

Schörlau.

Sonntag, 27. Febr., vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst, Pastor Braune; nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst, abd. 8 Uhr Abendmahlsgottesdienst i. Pfarrsaal, Mr. Böhme. — Dienstag, abd. 18 Uhr Jungfrauenverein. — Mittwoch, nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst, abd. 8 Uhr II. Passionsgottesdienst mit Passionsgespräch in der Kirche, Pastor Braune.

Von Sonnabend, d. 26. Febr.
bis Sonnabend, d. 5. März

Weisse Waren

Sonder-Verkauf
zu äußerst
niedrig. Preisen

Weisse Webwaren

Hemdentuch, 80 cm breit, gute Ware	950	Körperbarchent, 75 cm breit, schwere Qualität	1450
Hemdentuch, 82 cm breit, gutes süddeutsch. Fabrikat, 13.50	1150	Pikeebarchent, 80 cm breit, gutes süddeutsches Fabrikat, Mtr.	1650
Rohnessel, 78 cm breit, sehr solides Gewebe	775	Bettuch-Haibleinen, 160 cm breit	3850
Rohnessel, 88 cm breit, beste süddeutsche Ware	1080	Weiß Volle, bestickt, ca. 80 cm breit	1650
Linon für Bettwäsche, 80 cm breit	1285	Vollvolle, weiß, bestickt, ca. 115 cm breit	2850
Linon für Bettwäsche, 130 cm breit	2850	Battist, glatt, weiß, ca. 115 cm breit	2950

Gardinen

Schelbengardinen aus Erbstoff, mit Bändchen	50	Halbstores, weiß, sehr schöne Ausführung	5700
Schelbengardinen, ca. 60 cm breit	950	Vitragerstoff, 80 cm breit, sehr schöne Ware	1280
Gardinen, breite Ware	1250	Vitragedamast, ca. 80 cm breit	1450
Künstler-Gardinen, Fenster, 3 teilig, moderne Muster	8500	Tüllgardinen-Spitze, ca. 30 cm breit, mit Einsätzen	550

Weisswaren, Taschentücher, Strümpfe, Handschuhe

Batist-Kragen, große Matrosenform	495	Damen-Strümpfe, weiß, ohne Naht, engl. lang	675
Tüll-Unterziehwesten, mit Bündchen und Stüpfchen	650	Damen-Strümpfe, weiß, Doppelsohle, Hochferse, engl. 12	975
Weiße Linontücher, gebrauchsfertig, 40 cm groß	295	Damenhandschuhe weiß Seide	625
Damentücher, gebogt, mit gestickter Ucke	450	Tricot-Handschuhe mit 2 Druckknöpfen	1250

Posten äußerst preiswerter Stickereien

nur gute Qualitäten und beste Ausführung	
Serie 1 15 verschied. Muster	145
2-2½ cm breit Mtr.	
Serie 2 20 verschied. Muster	195
2½-3 cm breit Mtr.	
Serie 3 20 verschied. Muster	275
3½-4½ cm breit Mtr.	

Weisse Schürzen

Weisse Tändelschürzen m. Träg., Stickerei-Einsatz, ringum Stickerei	1275
Mädchen - Reformschürzen, aus gestreiftem Batist, mit Volant und Tasche	
Größe 45 50 55 60 65 cm	
Preis 10.50 12.50 14.50 16.50 18.50 Mk.	

Mädchen-Halbreformschürzen, e. gest. Batist, m. Volant, Tasche u. Blenden	
Größe 55 60 65 70 75 cm	
Preis 11.75 13.75 15.75 17.75 19.75 Mk.	

Hausschürzen, weiß, Wiener Form mit Träger und 2 Taschen	2475
--	------

Herren-Wäsche

Herren-Taghemden, aus stark. Edigem Hemdstoff, mit Fältchen	4800
Herren-Oberhemden, weiß, m. Rips-Einsatz und Falten	6850
Herrenkragen mit Rollecke	585
Herrenkragen mit großer Ecke	685
Herrenkragen, mod. Stehkragenform	950
Weiße Vorhemden, weich	650

Konfirmanden - Wäsche

Konfirmanden-Kragen, Rollkragen	450
Konfirmanden-Kragen, gr. Ecke	550
Konfirmanden-Kragen, Stehkragen	750
Konfirmanden-Manschetten, Paar	650
Konfirmanden-Handsuhne, weiße Seide	525
Konfirmanden-Handsuhne, weiße und schwarze Seide	1250

Spitzen und Einsätze

Zwirn-Einsätze, 3-4 cm breit	Mtr. 50 Pfg.
Zwirn-Spitzen und -Einsätze Serie 1 2 3	Mtr. 675 950 1500
Zwirn-Spitzen und -Einsätze Serie 1 2 3 breit	Mtr. 225 350 395
Klöppelspitzen und -Einsätze Serie 1 2 3 imitiert, in guter Ausführung	Mtr. 150 250 295
Valancienne-Einsätze weiß und creme	Mtr. 45 Pfg.
Valancienne-Spitzen Serie 1 2 3 und -Einsätze	Mtr. 675 135 175

Handarbeiten

</div

Nach kurzem, aber schwerem Leben verschloß gestern nachmittag 3 Uhr mein Herzengesler, lieber Gatte, unter treuherziger Vater, Herr

Volumotivheizer

Karl Albin Hertel

im Alter von 60 Jahren.

Unausgabarem Schmerz zeigen dies hierdurch an

Emma verw. Hertel geb. Auer, Emil Göbel und Frau Anna geb. Hertel.

Aue (Louis-Güller-Straße 5, 2), Oberwiesenthal, den 25. Februar 1921.

Die Beerdigung unseres teuren Entschlafenen findet Sonntag, den 27. Februar 1921, mittags 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Schuhcrem Feinololin 1.75. **Gänseblümchen 2.50.** **Seifenpulver Schwan 3.-** **Berlin 4.-**

Schon der erfrischende, aromatische Geruch bürgt für etwas gutes.

Prima Kernseife, der Kugel 250 gr. **5.-** Diese Qualität sollte jede Familie kaufen.

Prima Seifenpulver das Pfund **3.75**

Prima Schmierseife das Pfund **7.50**

Milbe Toilettenseife das Stück **3.75**

Rasierseife als Rinderbabaseife **1.90**

Nur einwandfreie Seifen.

Veilchen-Sparkernseife zum ersten Male wieder im Handel das Süd

Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise.

Bernhard Lang, Aue, Reichstraße 3, Spezial-Seifen-

Geschäft im Groß- u. Klein-Verkauf.

Steckjoda. **Rogen (Röster).** **Gut.**

Billig! Billig!

Empföhle

Gewürze aller Art,

Kernseifen, Kurzwaren

zu herabgesetzten Preisen.

Auer Gewürzmühle.

Empföhle heute

frische hausgeschlachtete Blutwurst, Landleberwurst, Jagdwurst, Mettwurst und Polnische Bratwurst.

Max Rohner, Fleischermeister, Wettinerstraße 70.

Sichere Existenz!

Fürlaufend hohes, sicheres und reelles Einkommen wird Übernahme einer Allein-Vertretung für Ort und Kreis Aue i. Erzgeb. geboten. Keine Versicherung oder Reklame! Völlig unabhängige Position! Risiken ausgeklammert! Sofort Var-Einnahme! Geringster Zeitaufwand! Ernsthafe Rekrutanten, die über ca. Mit. 5000.— nachweislich verfügen, wollen Angebote unter „M. 794“ an Annoncen-Expedit. Carl Ludwig, Hannover, Georgstr. 23, einsenden.

Bedeutende Blechballagensfabrik sucht zur Leitung einer Filiale einen branchenfertigen

unverheiratet. Kaufmann

mit Eintritt zum 1. April ds. Jrs.

Rekrutiert wird auf einen Herrn, welcher auch die Firma besuchen soll und die Buchhaltung angemäß erledigen kann. Angebote unter „U. T. 306“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sofort gesucht

Techniker od. Ingenieur,

der in der Lage ist, Schnitte und Stanzen zu konstruieren und der Erfahrungen im Bau von Matrizen für die Keramik besitzt.

Angebote mit Angabe des frühesten Eintrittstermines, Gehaltsanträgen und Lichtbild befindet die Geschäftsst. ds. Bl. unt. U. T. 1346.

Achtung! Achtung!

Günstig auch für Kriegsbeschädigte!

Hausierer und Wiederläufer

für meine Bürstenwaren aller Art sucht

Bürstenfabrikation Ernst Leistner Kriegsbeschädigter

Stützengrün 68, Erzgeb. Fernruf 49.

Herren-Schnürstiefele, alles prima rfn Leder, von 150 Mark an, schädliches Schuhwarenhaus.

Zöpfe

fertigt sauber und gut von bezugsgesetzten Haaren unter Garantie der Vermietung

Stern & Gauger Zöpf- u. Perückenfabrik, Aue

Wettinerstr. 48 am Wettinplatz

Puppen

repariert Walter Wappeler, Damen- und Herren-Salon, Aue, Kunst-

Salon-Str. 2, gegenüber Kauf-

haus Schoden. Fernruf 620.

Kaufhaus Schoden. Fernruf 620.